

Bayrische Sozialisierungserfahrungen.

Nach einem Vortrag in der Soziologischen Gesellschaft (Wien). Vgl. Otto Neurath: Die Sozialisierung Sachsens, Chemnitzer Arbeiter- und Soldatenrat, Chemnitz, 1919. Otto Neurath: Durch die Kriegswirtschaft zur Naturalwirtschaft. Callwey, 1919. Otto Neurath: Vollsozialisierung. Eugen Diederichs, 1920. Otto Neurath u. Wolfgang Schumann: Können wir heute sozialisieren? Werner Klinckhardt, 1919. Otto Neurath, Die wirtschaftlichen Räte im Programm der bayrischen Vollsozialisierung, Der Kampf, April 1920.

Im Folgenden will ich über die Sozialisierungsbewegung in Sachsen und Bayern im Jahre 1919 berichten. Die Schwierigkeit einer solchen Darlegung beruht vor allem darauf, daß man als Mitbeteiligter sehr schwer die nötige Objektivität findet; man ist ja begreiflicherweise mit vielen Vorgängen innerlich verknüpft, neigt zu Verbitterung oder zu unbegründetem Beifall. Ich will mich daher möglichst aller kritischen Bemerkungen enthalten und nur das rein Tatsächliche mitteilen.

Derartige Beschreibungen können in der schwierigen Entwicklungsperiode, in welcher wir uns befinden, über manche Fragen einiges Licht verbreiten helfen. Wir kommen wohl bald in die englisch-russische Sozialisierungszange, das Schicksal Mitteleuropas wird einerseits durch die große englische, andererseits durch die große russische Bewegung entscheidend beeinflußt werden. Von unserer Willensentschließung wird es abhängen, in welcher Form diese Einflüsse auf uns wirken werden. Wir sehen den internationalen Kompensationsverkehr kommen, den heute ebenso der Oberste Rat der Alliierten, wie die internationale Gewerkschaftskommission für unvermeidbar hält. Der internationale Waren-Clearing ist nur noch eine Frage der Zeit. Jede solche Organisation des planmäßigen internationalen Warenaustausches wird auch die innerstaatlichen Produktionsverhältnisse zugunsten der Planwirtschaft und des Sozialismus umformen.

Zu Beginn der Revolution stand man in Deutschland den Aufgaben der sozialistischen Wirtschaft ähnlich ungerüstet gegenüber, wie zu Beginn des Weltkrieges denen der Kriegswirtschaft. Die Arbeiterführer hatten die Regierungsgewalt ohne wesentlichen Widerstand übernommen. Die Herrschenden waren im Bewußtsein ihrer Schuld und unter dem Druck der Angst zu weitgehenden Zugeständnissen bereit. Aber die deutsche Sozialdemokratie



verfügte über kein durchgearbeitetes Wirtschaftsprogramm, um sofort klare Sozialisierungsforderungen aufstellen zu können. Es fehlte die Vorbereitung auf die bewusste Wirtschaftsgestaltung. Die sozialistische Wirtschaftstechnik war eben stark vernachlässigt worden. Versuche, die kommende Gesellschaft zu schildern, die nicht unmittelbar aus dem marxistischen Lager hervorgingen, wurden kaum kritisch gewürdigt, aber auch rein marxistisch orientierte Versuche, wie der Zukunftsstaat von Ballod-Atlanticus, fanden nur geringe Beachtung. Die Konstruktionen eines Ballod-Atlanticus, Popper-Lynkeus, Hertzka, Wilhelm Neurath, Goldscheid, Rathenau usw., wären in ihren organisatorischen Bestandteilen unter jedem Gesichtspunkt einer ins einzelne gehenden sozialdemokratischen Kritik wert gewesen. Statt dessen wurde ausschließlich die Analyse der kapitalistischen Wirtschaft, der marxistischen Wert- und Geschichtslehre gepflegt. So kam es denn, daß nach dem Ausbruch der Revolution eine Sozialisierungskommission einberufen werden mußte, um die Grundsätze zu beraten. Langwierige, zum Teil recht fruchtlose Verhandlungen fanden statt, Mißstimmungen aller Art zeigten sich, ohne daß ein einheitliches Wirtschaftsprogramm der deutschen Sozialdemokratie das Ergebnis gewesen wäre.

Der Kampf zwischen der unabhängigen Sozialdemokratie, den Mehrheitssozialisten und der kommunistischen Partei Deutschlands bezog sich vor allen Dingen darauf, wer von ihnen die Macht haben solle und welche Organe der Gesellschaft machtbestimmend sein sollten; ob die Räte, ob die Parlamente oder sonst eine Organisation. Es ist die Meinung verbreitet, die unabhängige Sozialdemokratie unterscheide sich von den Mehrheitssozialisten durch ihr »radikaleres« Programm. Dies ist nicht grundsätzlich der Fall. Es gibt viele Mehrheitssozialisten, die sehr radikale Wirtschaftsprogramme und Maßnahmen anstreben, während es eine ganze Reihe von Unabhängigen gibt, die von radikalen Wirtschaftsprogrammen und Wirtschaftsmaßnahmen recht weit entfernt sind. Es kann z. B. kein Zweifel darüber sein, daß Kurt Eisner zu den tatkräftigsten, entschlossensten und sicherlich überzeugtesten Sozialisten Deutschlands gehörte. Ebenso kann kein Zweifel darüber sein, daß er eine ungewöhnliche politische Begabung besaß und doch hat dieser Revolutionär, der mit von München aus den Anstoß zu Umwälzungen in ganz Deutschland gab, und über große Macht in Bayern verfügte, als Unabhängiger zum Vorsitzenden der Sozialisierungskommission Lujó Brentano ernannt. An Brentano, einen der bedeutendsten lebenden deutschen Nationalökonomien, knüpft ein großer Teil der deutschen liberalen Tradition an. Wie ist es nun zu erklären, daß ein Mann wie Eisner, der den Sozialismus mit jeder Fiber seines Herzens wollte,

einem Liberalen, der offensichtlich die Sozialisierung nicht wollte dieses entscheidende Amt in die Hände gab? Das hing wohl wesentlich damit zusammen, daß die Unabhängigen über kein unmittelbar verwendbares Wirtschaftsprogramm verfügten und damit, daß ihre politischen Organisatoren sich nicht darüber klar waren, wie man die wirtschaftlich gerichteten Köpfe der Partei im Interesse eines bestimmten Zieles verwenden könne.

Ich sprach über diese Fragen am 23. Januar mit Eisner und suchte dem Finanzminister Professor Jaffe zu zeigen, daß wir schwierigsten Situationen entgegengingen, wenn nicht die herrschende Partei die Neuorganisation der Wirtschaft in Angriff nehme. Jaffe schlug mir vor, diese Frage vor dem Münchener Arbeiterrat zu behandeln. Ich erstattete nun ein Referat über »Wesen und Weg der Sozialisierung«, das sich auf die gesellschaftstechnische Konstruktion der Sozialisierungsmaßnahmen beschränkte, ohne die Machtmittel zu erörtern, die dabei zur Anwendung kommen könnten. Ich führte damals ungefähr folgendes aus: Es kommt für die allernächste Zeit nicht so sehr darauf an, möglichst viele Betriebe zu enteignen, möglichst viele Verstaatlichungen durchzuführen, sondern darauf an, die Produktion, Einfuhr und Ausfuhr planmäßig im Interesse der Gesamtheit zu regeln. Die marxistische Tradition spricht von der Vergesellschaftung und Verstaatlichung dann aber auch von der Planmäßigkeit der Produktion. Während die Uebernahme der Produktionsmittel durch den Staat in den Vordergrund der sozialdemokratischen Propaganda trat, nahm die Propaganda für die Planwirtschaft einen verhältnismäßig geringfügigen Raum ein. Durch die Arbeiten meines Vaters mit der Verbandsbildung seit Jahren vertraut, mit den Wirtschaftsplänen eines Ballod-Atlantius und Popper-Lynkeus bekannt, zeigte ich anknüpfend an die nicht ins Einzelne gehenden Voraussetzungen von Marx und Engels, wie man die Produktion in Gruppen vereinigen, Wohnung, Nahrung, Kleidung, Bildung und Vergnügen planmäßig nach sozialistischen Grundsätzen erzeugen und verteilen könne. So wie man die Volkswirtschaft durch ein Hindenburgprogramm dem Kriege dienstbar machen konnte, müßte man sie auch dem Glück aller dienstbar machen können. Ich habe schon damals darauf hingewiesen, daß mir rein gesellschaftstechnisch, also für das Funktionieren der Wirtschaftsorganisation das politische Rätssystem weniger zweckmäßig erscheine, es könne aber natürlich unter Umständen machtpolitisch für die Arbeiter und die sonstigen Anhänger des Sozialismus eine Staatsform erstrebenswert erscheinen, welche gesellschaftstechnische Mängel hat. Ich wies darauf hin, wie wichtig es wäre, was wir an organisatorischen Elementen bereits besitzen, auszunützen und

unter die zentrale Verwaltung der Gesamtheit zu stellen, d. h.: die Fabriken, die Bergwerke in großen Verbänden, die Handwerker, Klein- und Mittelbauern in Genossenschaften mit öffentlich-rechtlichen Verpflichtungen zu belasten, mit bestimmten Lieferungen usw., während ihnen Rohstoffe von der Zentrale zuzuführen wären. Neben die Industriekonzerne hätte ein Bankkonzern zu treten, welcher die Kreditgewährung unter Kontrolle der Gesamtheit in die Hand nehmen müßte. Um die Geld- und Kreditbewegung kontrollieren zu können, sei die Einführung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs unerläßlich, er würde auch Geldhamsterei und Steuerhinterziehung unmöglich machen. Die Reform des Kreditwesens müsse mit der Sozialisierung Hand in Hand gehen. Ein Wirtschaftsplan müsse den Maßnahmen der zu schaffenden Großorganisationen zugrunde liegen. Es müsse die Bewegung und das Schicksal der Rohstoffe und Energien, der Menschen und Maschinen durch die Wirtschaft hin verfolgt werden. Man bedürfe daher einer Universalstatistik, welche in zusammenhängenden Uebersichten ganze Länder, ja die Welt umfasse. Alle Einzelstatistiken müßten diesem Gebäude eingegliedert werden. Die Naturalrechnungszentrale hätte Wirtschaftspläne zu entwerfen, wie man früher Finanzpläne entwarf, um sie der Volksvertretung zur Entscheidung vorzulegen. Die Bedeutung, die Durchführbarkeit jeder Einzelmaßnahme würde aus der Betrachtung des Ganzen ersichtlich werden. Die Versorgung aller mit Wohnung, Nahrung, Kleidung d. h. die Bedarfsdeckung, nicht der Reingewinn der Einzelunternehmer wäre für die Entschlüsse maßgebend. Naturallohn und Naturaltausch würden auf höherer Organisationsstufe wieder bedeutsam werden. Der Bankkonzern würde im Verein mit den Industrieverbänden unter Kontrolle der Gesamtheit gleichzeitig Landwirtschaft, Bergbau und Industrie organisieren, der Landwirtschaft Industrieprodukte zuführen und die Agrarprodukte verwalten. Anbauprämien würden in Form von Industrieprodukten zu gewähren sein. Grundsätzlich müsse die Sozialisierung als ein Ganzes in Angriff genommen werden. Die krönenden Verbände und Stellen müßten sofort geschaffen werden, sozialisieren dürfe man nicht nur von unten her, es sei notwendig, von oben her die Organisation zu formen, da nur so das Einzelne seinen richtigen Platz erhalten könne.

Der Münchener Arbeiterrat stand diesen Ausführungen zustimmend gegenüber. Nach diesem Vortrag kam ich Ende Jänner nach Sachsen, wo der Zentralrat einen Teil seiner Macht an den Landtag und das neuernannte Ministerium, das aus Mehrheitssozialisten bestand, übergeben sollte. Hermann K r a n o l d, ein bekannter mehrheitssozialistischer Nationalökonom, der sich mit der Frage der Fettbilanz und ähnlichen Problemen eingehend

beschäftigt hatte und zusammen mit anderen Parteigenossen für die Vermehrung der Klein- und Mittelbauern im Interesse des Sozialismus eintrat, und in vielem meinen Gedankengängen nahestand, war damals von dem mehrheitssozialistischen Zentralrate Sachsens aufgefordert worden, eine zusammenfassende Sozialisierungsdenkschrift zu verfassen. Er machte mir und dem Mehrheitssozialisten Wolfgang Schumann den Vorschlag, ein energisch gehaltenes Programm gemeinsam mit ihm auszuarbeiten, das unmittelbar wirksam werden könne. Nach diesem Programm sollte Sachsen ein Zentralwirtschaftsamt errichten, in welchem die wirtschaftlichen Stellen aller Ministerien, alle Kartelle, alle Genossenschaften, alle Gewerkschaften usw. in irgendeiner Form zusammengefaßt würden, um so eine zentrale wirtschaftliche Willensbildung zu ermöglichen. Es war daran gedacht, Produzenten- und Konsumentenverbände zu bilden und überdies auch den Gewerkschaftszwang einzuführen, gleichzeitig aber die Betriebsräte mit den Gewerkschaften zu einem einheitlichen Gebäude zu verknüpfen. Hermann Kranold, erst Stadtpräsident von Chemnitz, dann Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung, hatte Erfahrungen mit den Arbeiter- und Soldatenräten gesammelt und machte den sozialistischen Parteien den Vorschlag, ein demokratisch gerichtetes Rätssystem auf das hier nicht näher eingegangen werden kann, einzuführen und so den Sozialismus ernstlich zu fördern. Wir waren von da an alle drei bestrebt, Gewerkschaften und wirtschaftliche Räte miteinander zu verbinden. Die Gewerkschaften standen diesen Bestrebungen im ganzen abwartend gegenüber, aber auch die Arbeiter zögerten, die entstehenden wirtschaftlichen Räte zu enge mit den Gewerkschaften zu verbinden. Die Schwierigkeiten sind aber nicht nur auf dem Gebiete der Machtpolitik zu suchen, es lagen auch organisatorische Probleme grundsätzlicher Art vor. Die Gewerkschaften fassen die Arbeiter nach Tätigkeitsarten zusammen, die Betriebsräte nach Betrieben ohne Rücksicht darauf, welche Tätigkeiten (Dreher, Tischler usw.) in den verschiedenen »Sparten« der Betriebe vertreten sind. Dazu kommt, daß jeder Betrieb nur einen Betriebsrat hat, es aber Gewerkschaften verschiedener politischer Richtung gibt. Zwangsgewerkschaften müßten daher eine wesentliche Umformung des Gewerkschaftswesens zur Folge haben. Es ist augenblicklich noch nicht klar, in welcher Weise dies Problem gelöst werden wird.

Unter den Vorschlägen, die wir dem sächsischen Zentralrat machten, befanden sich neben Gesetzen über den Kompensationsverkehr auch eine Reihe von Enteignungsgesetzen als Ermächtigungsgesetze, die vor allem dazu dienen sollten, im Falle von Widerständen einzelner Industrien und Agrarier die Enteignung

durchzuführen, da im allgemeinen nicht die Enteignung, sondern die Bildung von kontrollierten Verbänden in Frage kam. Ein Gesetzentwurf über die Einführung der allgemeinen Arbeitspflicht war vorgesehen ebenso ein Gesetz, das jedem ein Minimum an Wohnung, Nahrung, Kleidung, Bildung und Vergnügungen sichern sollte. Der Zentralrat hat diesen Entwurf nach einer heftigen Zeitungsdebatte, die von allen Parteien geführt wurde, schließlich dem Ministerium »zur Berücksichtigung« überwiesen. Die Situation für das Ministerium war keine leichte. Der Ministerpräsident Gradnauer, der sich große Verdienste um den Sozialismus erworben hat, stand unseren Bestrebungen durchaus skeptisch gegenüber. Damals war es nichts seltenes, daß Sozialdemokraten, welche vordringenden und energischen Maßnahmen entgegentraten, ohne nähere Prüfung gleich das Wort »Verräter« zugerufen wurde. Gradnauer hat mir damals sehr eindringlich erklärt, daß er eine unvergleichlich größere Ueberwindung, ein unvergleichlich größeres Pflichtgefühl nötig habe, wenn er sich unseren Bestrebungen widersetze, als er nötig hätte, wenn er diesen energischen Vorschlägen zustimme und sich den Beifall der Arbeiter sichere. Dies Zögern wirkte vielfach beunruhigend. Ich hatte Gelegenheit, in den sächsischen Bergwerksgebieten mit vielen Arbeitern zu sprechen und war erschrocken über das wirklich weitgehende Mißtrauen gegen die Regierung, das ich dort antraf. Alte Sozialdemokraten fragten mich mit auffallender Selbstverständlichkeit, warum sich denn Gradnauer von den Industriellen bestechen lasse. Auf meine Frage, woher sie das wissen, sagten sie mir: »Es geschieht ja gar nichts.« Dies Mißtrauen auch der mehrheitssozialistischen Arbeiterschaft hatte damals unmittelbare politische Folgen. Es ist ja bekannt, mit welcher Raschheit damals die spartakistische Propaganda im Ruhrkohlengebiet und an anderen Stellen Eingang fand.

Ich fragte einen Arbeiterführer im sächsischen Kohlengebiet, wie die Situation sei. Er antwortete: »Ja, jetzt werden die Gruben stillgelegt.« Darauf ich: »Die Partei hat ja nichts Derartiges beschlossen, die Gewerkschaften haben nichts Derartiges verfügt.« Er erwiderte: »Spartakus kommt.« Ich darauf: »Was geht euch Spartakus an, ihr seid doch Mehrheitssozialisten.« Er: »Selbstverständlich sind wir Mehrheitssozialisten.« »Werdet ihr Spartakisten?« »Wir denken nicht daran.« »Was heißt das: Spartakus kommt?« »Ja, die Spartakisten werden die Bergwerke besetzen.« »Aber ihr seid doch noch in der Ueberzahl!« Er antwortete ganz ruhig: »Warum sollen wir uns wehren, sie kämpfen doch für uns, nicht gegen uns.« Ich sah, daß die aufbauenden organisatorischen Kräfte der neuen Wirtschaftsstruktur schwach waren gegenüber denjenigen Kräften, die durch Zerstörung ohne geschlossenes Pro-

gramm dem Neuen den Weg öffnen wollten. Uns ging es nun darum, in irgendeiner Form durch organisatorische positive Arbeit die vorhandenen Kräfte zusammenzufassen und im Sinne des Sozialismus auszugestalten, ohne daß es vorher zu schweren Störungen kommen müßte.

Die Tatsache eines einheitlichen Programms konnte von großer Bedeutung sein, und zwar vor allen Dingen deshalb, weil in jedem Einzelfall eine einheitliche und grundsätzlich unzersplitterte Willensbildung möglich wurde. Ich will das durch ein Beispiel erklären. Die Kohlenarbeiter — und das hat sich sowohl in Bayern wie in Sachsen abgespielt — erklärten: Wir sind ganz gerne bereit, mehr Kohle zu fördern, sehen aber nicht ein, warum wir Schiebevillen heizen sollen. Wir fordern, wenn wir mehr liefern, die Kontrolle darüber, was mit der Kohle geschieht; denn wir glauben, daß sie zu Luxuszwecken verwendet wird. Da fragten mich Parteigenossen: »Ist das eine desorganisierende Forderung, die wir bekämpfen müssen, oder eine organisierende, die wir unterstützen sollen?« Ich sagte: »Selbstverständlich müssen wir diese Forderung unterstützen, denn wir bekommen dadurch ein Machtmittel mehr in die Hand für die Wirtschaftskontrolle.«

Kranold, Schumann und ich befanden uns damals in einer schwierigen Situation, da wir das Sozialisierungsprogramm des Reiches für ungeeignet hielten, den Sozialismus auf der ganzen Linie allmählich heraufzuführen. Was sollte die Enteignung von Bergwerken und von ein paar Fabriken dem Volke nützen? »Teilsozialisierungen«, wenn man so diese teilweisen oder vollständigen Verstaatlichungen nennen will, ändern ja an der Verwaltung der Produkte fast nichts. Wenn alle Kohlenbergwerke verstaatlicht sind und der Staat sich nicht die Verteilung der Kohle vorbehält, kann die Kohle in Luxusindustrien in den privaten Luxusverbrauch strömen. Wenn der Staat dagegen den Kohlenbergbau einer kontrollierten Großorganisation überläßt, sich aber die Verwaltung der Kohle vorbehält, ist der Einfluß ein unvergleichlich stärkerer. Deswegen haben wir im Einklang mit breiten Schichten der Arbeiterschaft dringend gefordert, daß die Gesamtproduktion, die für Wohnung, Nahrung und Kleidung in Frage kommt, möglichst restlos in sozialistischem Geist verwaltet würde. Für dies konsumorientierte Produktionsprogramm schlug späterhin Schumann den Namen »Vollsozialisierung« vor, welche der »Teilsozialisierung« oder »Teilverstaatlichung« entgegengesetzt wurde.

Unser Wirtschaftsprogramm hatte in Sachsen folgende Schicksale. Nachdem der aus Mehrheitssozialisten bestehende Zentralrat unser Programm wie oben erwähnt zur Kenntnis genommen hatte, legte er es der Öffentlichkeit vor. Kranold, Schumann und

ich suchten in Blättern aller Richtungen über unsere Bestrebungen Aufklärung zu verbreiten. Eine lebhaftere Zeitungspolemik setzte ein. In einer Reihe von Vorträgen vertrat ich vor der Chemnitzer Arbeiterschaft unser Programm und sprach Ende März mehrfach vor den sächsischen Kohlenarbeitern. Am 28. März fand eine Besprechung mit Chemnitzer Unternehmern statt, die sich im ganzen ablehnend verhielten; aus Unternehmerkreisen kam bald darauf der Gedanke einer »Vorsozialisierung« als Uebergangsmaßnahme, welche die Durchorganisation der Industrie zu fördern hätte. Einzelne Unternehmer waren zur fördernden Mitarbeit bereit, andere schienen keinen Widerstand leisten zu wollen, während eine dritte Gruppe zu schärfstem Widerstand entschlossen war, obgleich gerade die Lage der sächsischen Industrie die von uns angeregte Verbandsbildung, gemeinsamen Import und gemeinsamen Export dringend erforderlich machte. Da sächsische Firmen z. B. Baumwolle zu ganz verschiedenen Preisen entsprechend der jeweiligen Lage gekauft hatten, die nun zur Verarbeitung kommen sollte, war es doch naheliegend, sie durch einen Landesverband zu übernehmen und dann zu einem Durchschnittspreis verrechnet nach einem umfassenderen Plan den Betrieben zu übergeben. Vor allem traten wir dafür ein, Rohstoffe zu importieren und einen Teil der erzeugten Fertigwaren als Gegenleistung rückzuliefern, beziehungsweise für ausländische Rechnung an Dritte zu exportieren. Der Widerstand weiterer Kreise konnte nur durch eine geeinte Arbeiterschaft überwunden werden. Während die Arbeiter selbst gemeinsamem Vorgehen meist durchaus geneigt waren, zeigte sich unter den Führern schärfste Spaltung. Damals spielten die Kommunisten, die im Chemnitzer Bezirk von Heckert, einem begabten jüngeren Manne, nicht ohne Geschick geführt wurden, noch eine geringere Rolle. Der Gegensatz zwischen Unabhängigen und Mehrheitssozialisten, der auf ihrer verschiedenen politischen Orientierung — Parlamentarismus und Rätssystem — beruhte, war ein derartiger, daß ein Zusammenarbeiten kaum möglich war. Jede Aufforderung, gemeinsam vorzugehen, wurde zurückgewiesen. Nun traten wir als Vertreter eines Programms auf, das mit der machtpolitischen Verfassung offensichtlich nichts zu tun hatte; denn die planmäßige Bewirtschaftung von Wohnung, Nahrung und Kleidung, die allgemeine Arbeitspflicht, die einheitliche Organisation wirtschaftlicher Verbände, die Aufstellung wirtschaftlicher Räte als Kontrollstellen, der zwischenstaatliche Tauschverkehr, die Rationalisierung der Wirtschaft, das alles waren Vorschläge, die Mehrheitssozialisten und Unabhängigen gleich genehm sein konnten. Die Unabhängigen gaben denn auch in der Dresdner Sozialisie-

rungsbesprechung, an der Hué und Cunow teilnahmen, die Erklärung ab, daß sie gegen das Programm Kautskys für unser Programm einträten. Wir haben denn auch nach Besprechungen mit den Unabhängigen erreicht, daß sie von ihrem starren Ablehnungssystem einmal eine Ausnahme machten. Es wurden damals die Verfassungsgesetze Sachsens im Landtag angenommen und gleichzeitig die wirtschaftlichen Grundsätze der Republik festgelegt. Unter Führung des Chemnitzer Flügels der Mehrheitssozialisten (Fellisch, Castan u. a.), der in der deutschen Sozialdemokratie immer eine sehr energische Haltung eingenommen hat und auch heute noch einnimmt, wurde ein dauerndes Regierungsprogramm durchgesetzt, demzufolge die Erzeugung und Verteilung planmäßig nach sozialistischen Grundsätzen erfolgen sollte. Dieses Programm wurde mit den Stimmen der Mehrheitssozialisten und Unabhängigen gegen die Stimmen der Demokraten und anderen Parteien angenommen. Damals schwebten Koalitionsverhandlungen zwischen der demokratischen Partei und den Mehrheitssozialisten, die sich gegen die Unabhängigen verbünden wollten. Bekanntlich haben in Sachsen die Unabhängigen und die Mehrheitssozialisten zusammen die absolute Majorität im Landtag und könnten also, falls sie zusammengingen, die Regierung bilden. Durch das gemeinsame Vorgehen bei dieser Abstimmung wurde die demokratisch-mehrheitssozialistische Koalition zunächst unmöglich. Sie kam erst im Herbst nach vielen Zwischenfällen zustande.

Ich möchte nur noch vorgreifend hinzufügen, daß im weiteren Verlauf, als wir bereits in Bayern die Sozialisierung in Angriff genommen hatten, nach manchen Zwischenfällen im Landtag im Laufe des Monats April die sogenannte »sächsische Landesstelle für Gemeinwirtschaft« beschlossen wurde, welche gewisse Ziele der statistischen und organisatorischen Abteilung des Zentralwirtschaftsamtes zu erfüllen hätte. Ueber die Tätigkeit dieses Amtes, dem der Mehrheitssozialist Schippel vorsteht, ist mir näheres nicht bekannt geworden.

Als sich in Sachsen Widerstände gegen unser Programm, zum Teil auch innerhalb unserer Partei zeigten, schien es zweckmäßig, Bayern einzubeziehen, weil die Verknüpfung der agrarischen Gebiete Bayerns mit den Industriegebieten Sachsens eine planmäßige Verwaltungswirtschaft erleichtern würde. Es wäre von großem Vorteil gewesen, ein agrarisches Hinterland zur Verfügung zu haben, um nicht gänzlich von nichtsozialisierten Gebieten in der Lebensmittelzufuhr abhängig zu sein. Auch im »freien Volkstrust« hätte die sächsische Exportindustrie die wichtige Aufgabe gehabt, vor allem durch Pflege des Veredelungsverkehrs die Notbedarfs-einfuhr zu fördern. Die Leipziger Messe sollte in planwirt-

schaftlichem Sinne ausgestaltet werden, hatte sie doch während des Krieges in ausschlaggebender Weise das Reisendenwesen verdrängt und eine der öffentlichen Kontrolle leichter unterwerfbare Zentralisation des zwischenstaatlichen Austausches gefördert. Daß seitens unserer Gegner unentwegt behauptet wurde, wir seien darauf aus, alle Auslandsbeziehungen zu unterbinden und die Autarkie einzuführen, sei nebenbei erwähnt.

Die Lage in Bayern war damals eine sehr schwierige. Am 21. Februar war Kurt Eisner getötet worden. Dies hatte schwere Verwirrungen zur Folge. Eisner war einer der wenigen in inneren und äußeren Angelegenheiten stark pazifistisch orientierten Männer, der es verstanden hatte, turbulente Auseinandersetzungen auf ein Mindestmaß zu reduzieren. Durch seine Tötung ist ein Rachegefühl erzeugt worden, das vorher in Bayern in diesem Maße nicht bestanden hatte. Bayern war für kurze Zeit tatsächlich eine Art Räterepublik geworden. Es fehlte aber die formelle Beseitigung des Landtages.

Am 22. Februar übernahm der Zentralrat die Regierungsgewalt. Die Anschauung derer hat viel für sich, die in der Tötung Eisners geradezu den Anstoß zur Entstehung der Räterepublik mit all ihren Aeüßerungen der Erbitterung sehen wollen. Nach langen Verhandlungen, ob man eine Räterepublik bleiben oder ob man dem Landtag wieder einen Teil der Regierungsgewalt überlassen solle, kam man zu dem Beschluß, daß der Zentralrat das Ministerium bestimmen, der Landtag es anerkennen solle, um nach einer kurzen Sitzung dem Ministerium außerordentliche Vollmachten zu übertragen und sich dann auf längere Zeit zurückzuziehen. Der Zentralrat dagegen sollte weiter tagen und das Recht behalten, im Ministerrat vertreten zu sein, während dem Landtag das gleiche Recht nicht zugebilligt wurde. Bayern war so zu einem erheblichen Teil Räterepublik, wenn auch die Verfassung staatsrechtlich noch nicht ganz geklärt war.

Bevor das neue Ministerium sein Amt angetreten hatte, reisten Schumann und ich nach München, um dem Zentralrat ein gemeinsames Vorgehen mit Sachsen vorzuschlagen. Nach Erörterung der ganzen Situation beschloß der Zentralrat, der damals noch die Regierungsgewalt besaß, Mitte März ein Telegramm an die sächsische Regierung, den Zentralrat und den Landtag zu richten, in dem angeregt wurde, zu gemeinsamen Sozialisierungsbesprechungen an die Grenze Sachsens und Bayern eine Kommission zu entsenden. Der bayrische Zentralrat stellte sich auf den Standpunkt, daß es sich darum handle, eine »vollständige Kontrolle der Rohstoff- und Energieverwendung und ihrer endgültigen Verwertung in die Hand zu bekommen«. Sachsen erteilte eine hinhaltende Antwort. Am 17. März trat der Landtag

zusammen, um in einer kurzen Sitzung die aus Mehrheitssozialisten, Unabhängigen und einem Bauernbündler bestehende Regierung Hoffmann, die der Zentralrat ihm vorgeschlagen hatte, anzuerkennen. Da Hoffmann das Vorgehen des Zentralrates in der Sozialisierungsfrage als Uebergriff empfunden hatte, erklärte dieser, daß er durch sein Telegramm nur der Regierung helfen wollte. Am 19. März berichteten Schuhmann und ich in der oben erwähnten Dresdner Sozialisierungsbesprechung den Vertretern aller Landtagsparteien über unser Programm. Die Debatte, an der Cunow und Huè teilnahmen, zeigte deutlich, daß der Wirtschaftsminister Schwarz, der als politisch radikal gilt, energischen Sozialisierungsmaßnahmen, zentraler Kontrolle des Konsums, der Produktion, des Geld- und Kreditwesens wenig Vertrauen entgegenbrachte, worin ihn denn auch die Aeüßerungen Cunows und Huès unterstützten. Andererseits sah er sich durch die Gesamtlage genötigt mitzuteilen, daß einige Sozialisierungsvorbereitungen im Sinne unseres Programms in Angriff genommen würden. Ein Telegramm berief mich nach München, wo mir am 21. März der Minister für Handel, Gewerbe und Industrie, der Unabhängige Simon, den Vorschlag machte, die Leitung der Bayrischen Sozialisierung zu übernehmen. Ich erklärte mich dazu bereit, legte aber Gewicht darauf, als unpolitischer Verwaltungsbeamter diesen Auftrag durchzuführen. Im Anschluß an diese Unterredung erstattete ich dem Ministerrat mehrere Referate. Minister Simon trat mit seiner ganzen Person für die »Vollsozialisierung« ein, über welche wir der bayrischen Bevölkerung durch eine umfassende Flugzettelverteilung zu unterrichten trachteten. Von den vielfach zögernden Ministern hob sich Simon deutlich ab. Er hatte offenbar auch durch seine persönliche Kenntnis amerikanischer Verhältnisse für großzügige Organisationen großes Verständnis und war wirklich bemüht, durch rechtzeitige Maßnahmen einer chaotischen Entwicklung zuvorzukommen.

Es war von vorneherein klar, daß es völlig sinnlos wäre, in Bayern die Sozialisierung in die Hand zu nehmen, wenn nicht die Bauernführer bereit wären, in bäuerlichen Kreisen die planwirtschaftlichen Maßnahmen zur Durchführung zu bringen. Im Zentralrat hatten die antikirchlichen Bauernbundvertreter für das Telegramm nach Sachsen gestimmt, aber auch in der bayrischen Volkspartei fand unser Programm in vielfacher Hinsicht Zustimmung. Schuhmann und ich wandten uns bereits Mitte März als reine Privatleute ohne Mandat irgendeiner Partei oder öffentlicher Stelle an den Führer der bayrischen Volkspartei Dr. Schlittenbauer und entwickelten ihm unser Programm, insbesondere den agrarischen Teil, der

darauf hinauslief, daß sämtliche Bauern in Genossenschaften organisiert würden. Es sollte ihnen freigestellt bleiben, in welche der vorhandenen Genossenschaften sie einzutreten willens wären; die politische Zugehörigkeit dieser Genossenschaften sollte keine Rolle spielen. Bauern, welche keiner dieser Genossenschaften beitreten würden, sollten in besondere zu diesem Zweck errichtete Genossenschaften eingegliedert werden, die dorfweise oder anders abgegrenzt werden sollten. Alle diese Genossenschaften wären in einem **Zentral-Genossenschaftsverband** zusammenzuschließen, dem vorhandene Verbände unterstellt würden. Schlittenbauer war ganz damit einverstanden, daß Grundstücke, die über einige hundert Tagwerk groß waren, nicht nur der allgemeinen planmäßigen Regelung, sondern auch einer unmittelbaren **Verwaltungskontrolle** durch die Genossenschaften unterworfen werden sollten. Weiters war daran gedacht, daß die planmäßige Bewirtschaftung der Agrarprodukte durch die Genossenschaften kontrolliert werden und nur im Falle des Versagens der Genossenschaftsautorität die Staatsautorität eingreifen sollte. Der Zentral-Genossenschaftsverband hätte im Einvernehmen mit dem Zentralwirtschaftsamt und der Volksvertretung festzusetzen, was in den einzelnen Gebieten an Brotfrucht, Oelfrüchten usw. anzubauen wäre. Er hätte mit den einzelnen Genossenschaften zu vereinbaren, wie dieser Anbau, wie die Lieferung der Bodenprodukte, der Molkereiprodukte usw. durch die Bauern erfolgen sollte. Auf der anderen Seite hätte dieser Zentralgenossenschaftsverband Dünger, landwirtschaftliche Maschinen, Schuhe, Kleider, kurzum alle aus der Inlandsindustrie oder aus dem Ausland einströmenden Produkte von der hierfür bestimmten Zentralstelle zu übernehmen, während er dagegen Häute und agrarische Rohprodukte auszuliefern hätte, so daß ein Naturaltausch zwischen Landwirtschaft und Industrie unter Ausschaltung des Zwischenhandels organisiert werden sollte, wobei geeignete Händler als Funktionäre der neuen Organisation hätten Verwendung finden können. Außerdem war Schlittenbauer durchaus geneigt, die Organisation der **wirtschaftlichen Räte** zu fördern, zumal wir erklärten, die Frage der **politischen Räte** solle außer Debatte bleiben, da es sich darum handle, die wirtschaftlichen Räte unabhängig von der politischen Ordnung zu organisieren. Der Einfluß des größeren Grundbesitzes in Bayern, der wenig Boden umfaßt, wäre durch die Verwaltungskontrolle der Genossenschaften ausgeschaltet worden. **Enteignung** kam daher für uns zunächst in großem Umfang nicht in Betracht. Am 24. März veranstaltete Dr. Schlittenbauer in Regensburg eine Versammlung von Anhängern der bayrischen Volkspartei — dem früheren Zentrum, in welcher er und ich gemeinsam

auftraten. Er hat in einer zu Herzen gehenden Weise seinen Anhängern die ganz ungewöhnliche Tatsache mundgerecht gemacht, daß ein Sozialdemokrat in ihrer Versammlung über Pläne sprechen würde, die damals in der öffentlichen Debatte von erbitterten Gegnern als »kommunistische« verschrien waren; bekanntlich wird ja gegenwärtig zum Zwecke möglicher Diskreditierung das Wort »Kommunismus« ebenso verwendet, wie vor einem Menschenalter das Wort »Sozialismus«. Schlittenbauer erklärte, gestützt auf die Traditionen christlicher Liebe: Ebenso wie wir im internationalen Leben darnach streben, zum Frieden zu kommen und verlangen, daß man einander nicht hasse und bekämpfe, sondern verstehe, sei es selbstverständlich, daß wir das vor allem auch im Inneren tun und er finde, daß es mit der christlichen Auffassung im Einklang stünde, wenn Anhänger der bayrischen Volkspartei und Sozialisten die Frage besprechen, welche die nächste Zukunft angehen. Wir wissen, das Zentrum dann auch anders; aber damals hat Schlittenbauer diesen Standpunkt vertreten. Es ist hier nicht der Ort, die Frage zu erörtern, welche inneren Verhältnisse in der bayrischen Volkspartei, welche sonstige Umstände ihn, abgesehen von grundsätzlichen Anschauungen, zu diesem Verhalten veranlaßt haben mögen. Die bayrische Volkspartei ist kein homogenes Gebilde, sie umfaßt alle Berufe und ist nicht grundsätzlich kapitalistisch orientiert. Die Traditionen einer Kirche, die lange Zeit mit größter Energie das Zinsverbot durchzusetzen suchte, sind in ihr nie ganz erloschen. Die Geistesverfassung eines Vogelsang, eines Ratzinger ist in abgeänderter Form auch heute möglich und damit der schärfste Kampf katholischer Kreise gegen Mammonismus, Plusmacherei, Ausbeutung jeder Art und für allgemeine Menschenrechte auf christlicher Grundlage, wie ja auch die Alldeutschen grundsätzlich sozialistische Tendenzen verfolgen können, weshalb sie ohne Heuchelei mit deutschen Kommunisten und russischen Bolschewiken Fühlung nehmen können. Daß freilich sowohl Zentrumsleute als auch Alldeutsche bewußt oder unbewußt, durch Parteianhänger gedrängt, vielfach reinen Privatinteressen von Unternehmern dienen, ist eine andere Sache. Wenn ein Zentrumsführer antikapitalistische Töne anschlägt, kann er auf die Zustimmung der Klein- und Mittelbauern, der Handwerker, der Beamten und der dem Zentrum anhängenden Arbeiter rechnen. In Regensburg waren offenbar viele Gegner des Kapitalismus anwesend; sobald ihnen durch Schlittenbauers Einleitung die ursprüngliche Abneigung gegen den Sozialdemokraten genommen war, begrüßten sie entscheidende sozialistische Forderungen mit großem Beifall. Gelingt es, durch irgendein Programm alle Gegner des Kapitalismus zusammenzufassen, dann

und wahrscheinlich nur dann, besteht die Möglichkeit, sozialistische Maßnahmen in Bayern ohne Terror zu verwirklichen. Ich sehe hier davon ab, daß die bayrische Volkspartei später es für gut befunden hat, mich in sehr heftiger Weise zu bekämpfen. Es blieb dennoch etwas von jenen Anregungen wirksam. Am 22. Jänner 1920 hat Schlittenbauer erklärt, er sei für eine Wirtschaftsdiktatur, einen geschlossenen Wirtschaftsstaat und die Durchführung einer Planwirtschaft. Selbstverständlich stellte er diese Forderung nicht etwa im Einvernehmen mit der sozialdemokratischen Fraktion, die übrigens zum großen Teil gar nicht planwirtschaftlich gerichtet ist, obgleich nicht nur wir, sondern vor allem auch der frühere Wirtschaftsminister **W i s s e l** sowie **M o e l l e n d o r f f** und andere für die planmäßige Verwaltungswirtschaft auf sozialistischer Basis eintraten. Der antikapitalistische Flügel des Zentrums und die Sozialdemokratie zusammen könnten die sozialistische Planwirtschaft in Deutschland durchsetzen. Das Zentrum fürchtet freilich heute noch eine Schwächung seiner Macht, wenn es allzu antikapitalistisch ist; eine weitere Schwierigkeit beruht darauf, daß eine Reihe sozialdemokratischer Maßnahmen, die insbesondere die Trennung von Kirche und Staat bezwecken, dem Zentrum eine Zusammenarbeit ungemein erschweren. Außerdem ist bei den sozialdemokratischen Führern ein durch frühere Vorkommnisse verschiedener Art bedingtes Mißtrauen gegen das Zentrum vorhanden, das sehr schwer überwunden wird; auch die Ereignisse der letzten Zeit sind nicht darnach angetan, dieses Mißtrauen wesentlich zu vermindern. Das Zentrum ist grundsätzlich durch seine Weltanschauung in kapitalistischer Richtung nicht gebunden. Ob freilich die ungeheuren verwickelten politischen Verhältnisse solche Zusammenarbeit ermöglichen, ob nicht kräftige Bewegungen anderer Art den Sozialismus bringen, bleibe dahingestellt.

Ministerpräsident Hoffmann fand es loyal, ehe er mir eine leitende Stelle in Bayern übertrug, zunächst zu hören, wie sich der Landtag zur Frage des Zentralwirtschaftsamtes stelle und wählte den Ausweg, den Sozialisierungsausschuß des Landtages zu hören, da ja der Landtag vertagt war. Ich hatte vor dem Sozialisierungsausschuß am 25. März unser Programm zu entwickeln. Ich regte dabei an, daß sofort ein Zentralwirtschaftsamt mit statistischen Stellen zu errichten wäre, Industrieverbände, Handwerker-genossenschaften, Bauerngenossenschaften zu bilden wären und überdies noch eine große Siedelung nach Krapotkinschem oder einem ihm verwandtem Typus. Letztere Forderung war durch tatsächliche Verhältnisse ausreichend begründet. Da unser Programm allen antikapitalistischen Einrichtungen gegenüber tolerant ist, könnte es eine solche

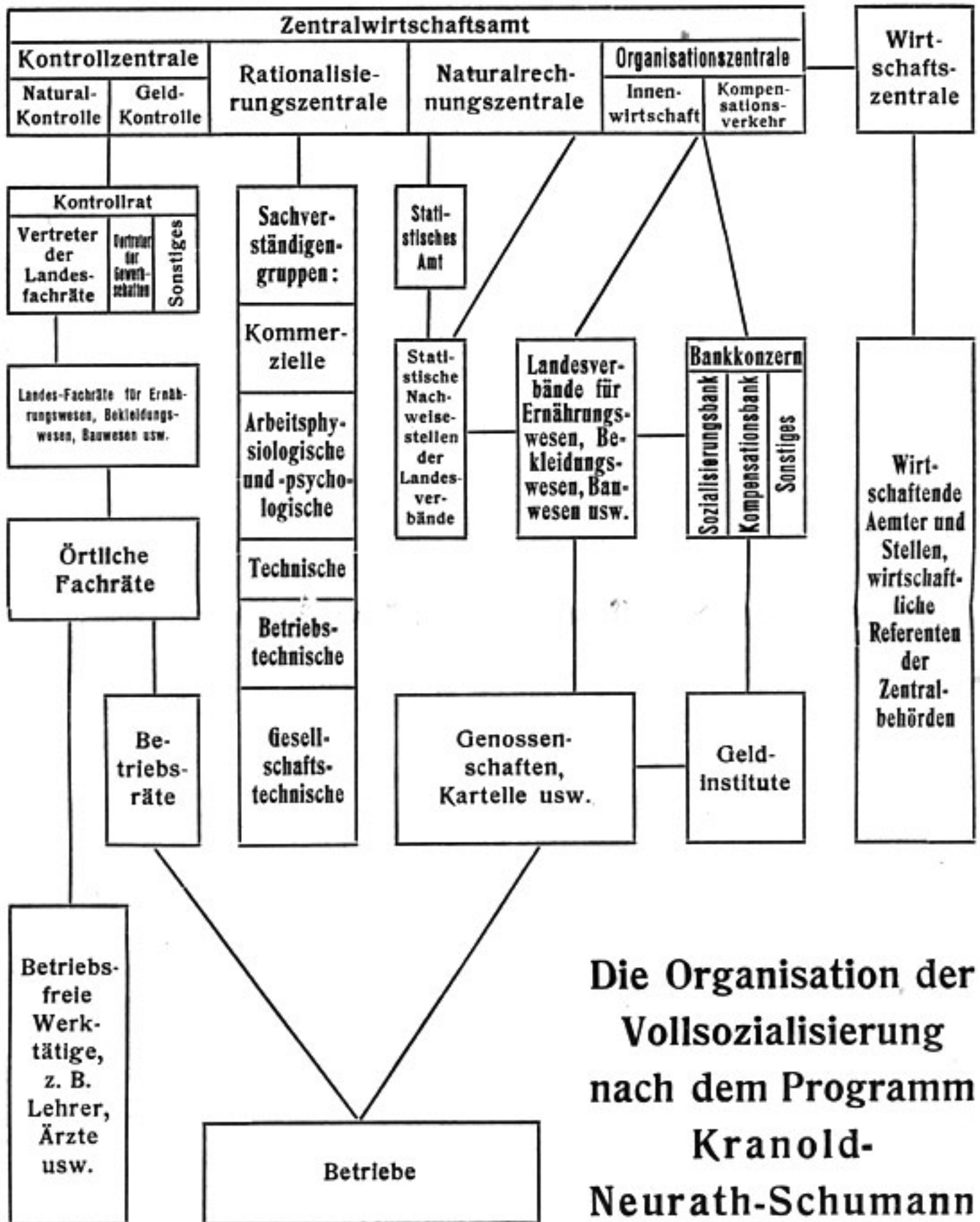
Siedelung unschwer dem Gesamtplan einfügen. Neben den Mehrheitssozialisten, der unabhängigen Sozialdemokratie und der kommunistischen Partei hatten damals in München Landauer und Mühsam einen immerhin nicht unerheblichen Einfluß auf die Arbeiterschaft. Mühsam war in sehr erfolgreicher Weise an der Novemberrevolution beteiligt gewesen und Landauers ungemein fesselnde Art gewann ihm viele Sympathien. Die Landauer-Gruppe hatte kein Interesse daran, mit der kommunistischen Partei Deutschlands gegen die Regierung Stellung zu nehmen, falls sie die Möglichkeit hatte, ihre organisatorischen Pläne durchzuführen, d. h. den Siedlungs-Kommunismus, die Vereinigung von Gewerbe und Landwirtschaft zu verwirklichen. Da die Bestrebungen dieser Gruppe keine expansiven waren, habe ich schon damals im Sozialisierungsausschuß des Landtages erklärt, man möge der Landauer-Gruppe ein Gebiet in Bayern — wir dachten an eines der großen Krongüter — überlassen und unter bestimmten Bedingungen ihr einen Kredit von 10 Millionen oder mehr für die erste Versuchsansiedlung einräumen. Es hat sich dabei auch um die Trockenlegung von Mooren gehandelt, wofür uns von Fachmännern ein Projekt in Aussicht gestellt war. Selbstverständlich wäre diese Siedelung als Ganzes zu den öffentlichen Lasten heranzuziehen gewesen. Der bayrische Ministerrat hat trotz meiner nachdrücklichen Vorstellungen, daß 10 Millionen weniger sind als später vielleicht 10 Milliarden, welche eine Revolution möglicherweise zerstöre, diesen Vorschlag nicht angenommen. Wir werden sehen, daß das insoferne für die weitere Entwicklung Bayerns nicht ohne Bedeutung war, als gerade der Landauer-Flügel die Entstehung der Räterepublik entscheidend beeinflusste.

Das Programm zielte darauf ab, die agrarische und industrielle Sozialisierung möglichst voneinander zu trennen, um unerfreulichen Auseinandersetzungen zwischen der agrarischen und industriellen Bevölkerung aus dem Wege zu gehen. Die Gefahr, daß einmal durch die Bauern die Industriearbeiter, einmal durch die Industriearbeiter die Bauern in Wirtschaftsfragen majorisiert würden, mußte als etwas für beide Teile Unerträgliches beseitigt werden. Wenn die agrarische Organisation wirtschaftlich in sich geschlossen ist und ebenso die industrielle, so kann ein großer Teil der Reibungen ausgeschaltet werden. Nun war noch eine Sicherung für das Funktionieren dieser zentralen Verwaltung im sozialistischen Sinne zu schaffen. Es mußte eine Autorität da sein, welche über die Arbeiterschaft verfügen konnte. Es ist heute natürlich sehr schwer, den damaligen Zustand lebendig zu machen. Deutschland war zu Beginn des Jahres 1919 in einem Zustand weitgehender Auflösung. Die Gewerkschaften hatten die Arbeiterschaft vielfach nicht mehr in der Hand. Wilde Soziali-

sierungen, d. h. Besitzergreifungen durch die Arbeiterschaft kamen an mehr als einer Stelle vor. Die neutralste und objektivste Staatsautorität bürokratischer Art vermochte die Arbeiterschaft nicht mehr ausreichend zu beeinflussen. Ich will das an einem Beispiel charakterisieren. Wir waren der Sitzung eines sächsischen Regierungsausschusses zugezogen, in dem die »Sozialisierung« der Bergwerke erörtert wurde. Dabei kam zur Sprache, daß seitens der Arbeiterschaft den Unternehmern vorgeworfen wurde, es würde von ihnen absichtlich die Produktion sabotiert, um während der geringen Produktion Höchstpreise durch die Regierung festsetzen zu lassen, was bei gesteigerter Produktion in einem spätern Zeitpunkt die Gewinne wesentlich vermehre. Diese Sabotage sollte vor allem durch Fehldirigierung der Hunde bewirkt worden sein. Es wurde nun berichtet, daß man, um die Arbeiter endlich zu beruhigen, eine Kommission aus durchaus neutralen Beamten zusammensetzte, die genau untersuchen sollte, was es mit dieser Sabotage auf sich habe. Die Arbeiter aber erklärten, daß die Bürokratie mit den Unternehmern unter einem Hut stecke. Wir traten sofort dafür ein, neben den Beamten und Gewerkschaftsfunktionären Arbeiter aus dem Schacht beizuziehen.

Es fragte sich nun: Wie können wir den Rätegedanken für die wirtschaftliche Kontrolle der Produktion und der Verteilung wirksam machen? Die Landesverbände der Produktion sollen in vertikale Gruppen gegliedert werden, nicht nach Rohstoffen, sondern nach Fertigfabrikaten. Das müßte das Interesse der arbeitenden Klasse an der Kontrolle erhöhen und vor allen Dingen das Endprodukt der Planwirtschaft unterwerfen. Die Betriebsräte werden nach konsumorientierten Fachgruppen zusammengefaßt; auf dem Gebiete des Bau- und Wohnungswesens werde die gesamte Zementindustrie, die Ziegeleiindustrie, die Terrainverwaltung, die Bauherstellung im Verband der Wohnungs- und Bauerzeugung vereinigt; die Betriebsräte dieser Industrie würden lokale Fachräte (z. B. Fachrat für Bauwesen in München) wählen, diese wieder Landesfachräte. Die oberste Stufe des wirtschaftlichen Räteystems ist der Arbeiter- und Bauern-Kontrollrat; er besteht aus Vertretern aller Fachräte, aus Vertretern aller nichtkapitalistischen Organisationen (Gewerkschaften, Genossenschaften usw.), aus Vertretern der Behörden, dann aus Arbeitern und Arbeiterinnen, die unmittelbar vom Arbeitsplatz auf kurze Zeit in diesen wirtschaftlichen Kontrollrat zu entsenden sind, um dann wieder an den Arbeitsplatz zurückzukehren. Wir haben die Bürokratie des Beamtenstaates erlebt, wir haben die Bürokratie der Gewerkschaften erlebt und wir werden in kürzester Zeit die der Wirtschaftsräte erleben und ich weiß nicht, ob sie besser sein wird als die bisherigen Bureau-

Beilage II.



Die Organisation der Vollsozialisierung nach dem Programm Kranold-Neurath-Schumann

kratien. Um der Bureaukratie der Räte ein Gegengewicht zu schaffen, ist es notwendig, gewisse Vertrauensleute unmittelbar aus der Arbeiterschaft vom Arbeitsplatz weg zu entsenden und **a u t o - m a t i s c h** zurückzuschicken. Diese Konstruktion war von der Arbeiterschaft durchaus gebilligt worden.

Nachdem ich dieses Projekt eingehend entwickelt hatte, haben alle Parteien, die im Sozialisierungsausschuß vertreten waren, zwar nicht sämtliche Pläne, wohl aber die wichtigsten Punkte **e i n s t i m m i g** angenommen.

Die damals akzeptierten Punkte waren folgende: Es wird sofort ein Zentralwirtschaftsamt errichtet, das die Erzeugung der Ernährung planmäßig gestaltet und die Betriebe zu gemeinnütziger Arbeit vereinigt, welche der Erzeugung von Wohnung und Kleidung dienen. Es ist ferner bei der Reichsregierung sofort anzuregen, daß die Ein- und Ausfuhr so gestaltet wird, daß ein Minimum der Lebenshaltung gesichert ist. In den folgenden Tagen begannen maßlose Angriffe in der Presse. Die demokratischen Vertreter, die für dieses Programm gestimmt hatten, wurden heftig von ihren Zeitungen getadelt. In Nordbayern, besonders in Nürnberg, gewann die Bewegung, welche die Lostrennung von Bayern anstrebte, an Lebhaftigkeit.

Am 27. März wurde ich vom Ministerrat zum **P r ä s i d e n t e n** des bayrischen Zentralwirtschaftsamtes ernannt. Die Ernennung erfolgte gegen den Willen des Ministerpräsidenten auf das Drängen Simons hin durch das übrige Ministerium. Hoffmann selbst erachtete ähnlich wie Gradnauer den Zeitpunkt für den Sozialismus noch nicht für gekommen und glaubte nicht, daß man die Verbandsbildungen und die planmäßige Bewirtschaftung des Endprodukts — die Vollsozialisierung — in absehbarer Zeit, ich rechnete mit fünf bis zehn Jahren, verwirklichen könne. Eben war die Räterepublik in Ungarn ausgerufen worden, in Berlin waren Kämpfe im Gange, in Halle kam es zu wilden »Sozialisierungen«, in Frankfurt zu Plünderungen, in ganz Württemberg herrschte der Generalstreik. Es handelte sich darum, Bayern vor diesen Dingen zu bewahren. Minister Simon und ich waren der Meinung, daß dies nur durch ernstliche Inangriffnahme großangelegter Reformen möglich sei, nicht etwa durch Einzelreformen, wie sie die Reichsregierung durch eine halbe Verstaatlichung der Kali- und Kohlenproduktion verkündete, um dann auf Plakaten zu erklären: Das ist Sozialismus. Arbeiter standen lächelnd davor, die Reichsregierung war diskreditiert. Es wäre natürlich gut gewesen, wenn wir Zeit gehabt hätten, nun alles ruhig vorzubereiten, aber täglich kamen drohende Meldungen aus München und dem übrigen Bayern. Die Arbeiter eines großen Werkes hatten erklärt, sie würden die wertvollen Maschinen

demolieren und in die Isar werfen. An anderen Stellen drohten Streiks und Sabotageakte. Daneben war eine große Betriebsratsbewegung im Gange, welche, von Klingelhöfer geführt, an sich aufbauender Art war; es bestand aber wie bei jeder Betriebsratsbewegung die Gefahr, daß die einzelnen Betriebsräte auf eigene Faust vorgingen, wenn nicht sofort die höheren Räte geschaffen würden, welche der Gesamtwirtschaft, nicht einzelnen Betrieben gegenüberzustehen hätten.

Ich drang darauf, den Arbeiter- und Bauernkontrollrat rasch aufzustellen, um in ihm auch den Gewerkschaften organisatorische Arbeit im Rahmen der Sozialisierung zu ermöglichen. Es wurde vom Ministerrat ein Statut des bayerischen Zentralwirtschaftsamtes beschlossen, das die Vollsozialisierung in Aussicht nahm. Minister Simon hatte die Schwierigkeit der Situation frühzeitig erkannt und geschildert. Ich wies nachdrücklich darauf hin, daß durch eine kraftvolle Proklamation, welche ernste Neugestaltungen zu verkünden hätte, die dritte Revolution in Bayern vermieden werden könnte. Hunderttausende Arbeiter stünden hinter unserem Programm, man müsse einen Gegensatz zwischen den Arbeitern und den Führern in der Regierung vermeiden. Zögernd entschloß sich der Ministerrat zur Veröffentlichung einzelner Communiqués, die ein Stück des Programms nach dem anderen enthielten, während er die Gesamtproklamation ablehnte. Der Aufbau des Amtes wurde genehmigt.

Die Leitung der Organisationszentrale, der vor allem die Schaffung der Verbände zugefallen wäre, aber auch die Rohstoff- und Energiebewirtschaftung sollte der Mehrheitssozialist Umrath, kaufmännischer Vorstand der A. E. G. in Chemnitz übernehmen. Für die Leitung der Naturalrechnungszentrale war der Unabhängige Karl Ballod, Professor in Berlin gewonnen worden, der die Ausarbeitung des Wirtschaftsplans zu leiten gehabt hätte. Eine einheitliche Regelung aller öffentlichen und privaten Statistiken war in Aussicht genommen, deren Kontrolle gemeinsam mit dem Zentralwirtschaftsamte das statistische Landesamt hätte durchführen sollen, dessen Präsident, Zahn, einen Gesetzentwurf ausarbeitete. Die Kontrollzentrale, welche gemeinsam mit dem Arbeiter und Bauernkontrollrat arbeiten sollte, hätte aus einer Produktionsabteilung zur Naturalkontrolle und einer Geldabteilung bestanden. Erstere übernahm Hermann Kranoth, der während der Dauer des Zentralwirtschaftsamtes insbesondere Betriebsräteangelegenheiten regelte und Gesetzentwürfe ausarbeitete, die Leitung letzterer hatten wir Hilferding (Berlin) angetragen. Für die Rationalisierungszentrale war ein gewiegter Betriebswissenschaftler, sowie ein Vertreter der Arbeits- und Berufsforschung

gewonnen worden. Die Aufklärungszentrale sollte Wolfgang Schumann leiten, der die Sozialisierung der Presse im Einvernehmen mit den Pressevertretern vorbereitete. In Hinblick sollte diese Zentrale die Bevölkerung über Arbeiten und Absichten des Amtes auf dem Laufenden halten.

Nun war es unsere Aufgabe, die wirtschaftlichen Verbände aufzustellen und einen Bankenkonzern zu bilden, in dem Sozialisierungs- und Kompensationsbanken wichtige Aufgaben erfüllen sollten. Es waren ferner die wirtschaftlichen Räte und Sachverständigenorganisationen zu schaffen. Eine Zentral-Baukommission wurde aus Vertretern aller Produktionsstufen zusammengesetzt. Die Staffelung der Arbeitszeit für Frauen und Kriegsbeschädigte war geplant, außerdem sollte ein Austausch zwischen Stadt und Land eingeleitet werden.

Während wir die Aufstellung des Amtes und die Schaffung einzelner Einrichtungen vorbereiteten, begann eine scharfe Propaganda Maruts gegen die Presse, deren Mängel in diesen Zeiten besonders deutlich sichtbar werden. Sie trägt zur Verschärfung vieler Gegensätze durch sensationelle Nachrichten und durch die bekannten Mittel des politischen Kampfes bei. Da aber die nichtsozialistische Presse wirtschaftlich und organisatorisch mächtiger ist, ist der Kampf ein ungleicher, was bei vielen Sozialisten die größte Erbitterung auslöst. Viele von ihnen sehen in der Presse die Hauptstütze der Gegner und glauben ihrer nur mit mehr oder minder terroristischen Mitteln Herr werden zu können. Nach der Ermordung Eisners war seitens des Zentralrates die Gefangennahme von Geiseln, sowie die Vorzensur verfügt worden. Es kam zu ungeordneten Ueberfällen auf einzelne Zeitungen. Neuerliche Attacken, verbunden mit Einschränkungen der freien Meinungsäußerung, erschienen uns für die Stimmung, die wir für die Sozialisierung brauchten, unerwünscht. Da überdies viele angeregte Pressereformen erwägenswerte Bestandteile enthielten, berief das Zentralwirtschaftsamt im Einvernehmen mit dem Handelsminister eine Pressekommission ein. Die Pressevertreter, Vertreter der Schriftleiter, Herausgeber, Verleger, Graphiker, Drucker, Setzer usw., sollten einen Entwurf ausarbeiten, der ohne Beschränkung der freien Meinungsäußerung den Text der Zeitungen möglichst unabhängig von den Einnahmsquellen machen sollte. Der aus der Mitte dieses Ausschusses hervorgegangene Entwurf trennte die wirtschaftliche von der publizistischen Organisation, sah Redakteurräte und andere Einrichtungen vor, die den Einfluß der Schriftleiter stärken sollten. Der »Raumaustausch« wurde erwogen, d. h. eine Verfügung, durch welche jedes Blatt verhalten werden sollte, einen gewissen Raum

anderen Parteien und Gruppen zur Verfügung zu stellen. Eine dem Zentralwirtschaftsamt feindlich gesinnte Korrespondenz verbreitete mit Erfolg die Meldung, es sei eine Knebelung aller Zeitungen und Unterdrückung der bürgerlichen Blätter geplant, obgleich nicht einmal Aeüßerungen vorkamen, die so mißdeutet werden könnten.

Damals hatte Simon Rathenau gebeten, nach München zu kommen, um von ihm zu hören, wie er die Durchführbarkeit unseres Planes beurteile. Wenn sich auch Rathenaus Plan von unserem unterscheidet, — bei ihm richtet die Gildenorganisation ihre Maßnahmen noch nach dem Reingewinn und entbehrt des Wirtschaftsplanes — so war es doch selbstverständlich wichtig, die Meinungsäußerung eines so bedeutenden Gesellschaftskenners und Organisators zu hören. Rathenau hat insbesondere die politischen Schwierigkeiten hervorgehoben, die der Durchführung des Planes gegenüberstanden. Er erkundigte sich, wieweit man Nordbayerns sicher sei, hob die Schwierigkeiten hervor, welche die planmäßige Regelung des Geld- und Kreditwesens bei selbständigem Vorgehen Bayerns ergeben könnte, sowie die Probleme, welche die Rohstoffversorgung betreffen. Im übrigen aber erklärte er, daß unser Programm organisatorisch durchführbar sei.

Die Frage der Kreditbeschaffung und der Rohstofflieferungen aus dem Auslande beschäftigte uns in einem Gespräch, das wir mit Vertretern einer englischen Kommission führten, die den Kreisen Lloyd Georges nahestanden. Sie erklärten mit einer uns verwundernden Entschiedenheit, daß es England nicht genieren würde, einer sozialistischen Planwirtschaft Kredit und Rohstoffe zur Verfügung zu stellen. »Wir sind nur gegen den Bolschewismus.« Darauf fragte ich den englischen Vertreter: »Was verstehen Sie unter Bolschewismus?« Er: »Wenn geschossen und geraubt wird und Unordnung ist, das ist Bolschewismus.«

Am 2. April wurde in einer Industriellenversammlung beschlossen, die Ausschüsse für die großen Industrieverbände sofort zu bilden. Am selben Tage fand eine Sitzung des Sozialisierungsausschusses statt, in welcher die Demokraten und die bayrische Volkspartei ihre frühere Zustimmung möglichst zu reduzieren bemüht waren. Trotzdem erklärte die bayrische Volkspartei: »Wir erkennen dem Staat das Recht zu, gewisse Gebiete der Volkswirtschaft selbst zu verwalten und auszunützen, die Tätigkeit der Volkswirtschaft auf Gebieten, welche für die Lebenserhaltung der Massen von ausschlaggebender Bedeutung sind, wie Ernährung, Wohnung, Kleidung planmäßig zu beeinflussen und zu kontrollieren.« Außerdem wurde erklärt, daß sie

auf Organisationen mit Selbstverwaltung und auf den Ausbau der Genossenschaften großes Gewicht legt, beides Momente, die durchaus in unserer Richtung lagen.

Da trat ein Ereignis ein, das alle Vorbereitungen über den Haufen warf. Der Landtag erklärte, entgegen der mit dem Zentralrat getroffenen Vereinbarung, am 8. April zusammentreten zu wollen. Es wurde behauptet, es sei seine Absicht, die Sozialisierung um jeden Preis zu verhindern. Am 3. oder 4. April fand in Augsburg ein Sympathiestreik für die Gefallenen in Stuttgart statt, wo es zu Kämpfen anlässlich des Generalstreiks gekommen war. Gelegentlich einer Versammlung, die der Präsident des Zentralrates Niekisch, ein sehr ruhiger Mehrheitssozialist, der später Unabhängiger wurde, gehalten hatte, kam es zu Tumultszenen, die zur Ausrufung der Räterepublik führten. Die Augsburger fragten nun durch eine Deputation die Münchener: »Was werdet ihr tun?« In der Nacht vom 4. auf den 5. April fand eine große Sitzung im Kriegsministerium statt. Als Verwaltungsbeamter lehnte ich es zunächst ab, an dieser Sitzung teilzunehmen, als man mir aber die dringende Mitteilung machte, es werde vielleicht auch zu Entschließungen über die Wirtschaftsorganisation kommen, begab ich mich um 12 Uhr nachts hin. Die Situation war ungefähr folgende: Den Vorsitz führte Niekisch. In seiner Umgebung befand sich eine Reihe von Unabhängigen und Mehrheitssozialisten. Eine zweite Gruppe bildete der Militärminister Schneppenhorst mit seinen Freunden, eine dritte Mühsam und Landauer und eine vierte Gruppe die kommunistische Partei, unter Führung Levinés. Die Minister der legalen Regierung — Hoffmann war in Berlin — hatten sich bis dahin zu einer entscheidenden Stellungnahme nicht entschlossen und auch in dieser Sitzung ist von keinem der anwesenden Minister eine prinzipielle Ablehnung der Räterepublik erfolgt. Man sprach davon, daß fünf Minister von der Räterepublik übernommen würden. Niekisch und seine Freunde befanden sich in einem schweren Gewissenskonflikt. Offensichtlich waren die Massen auf die Räterepublik in ganz unzureichender Weise vorbereitet, andererseits fürchtete man, die Rätepropaganda könnte in rein kommunistisches Fahrwasser kommen. Schneppenhorst, der als Militärminister wohl den Ausschlag gegeben hätte, erklärte: Geschossen würde nicht werden, er hafte dafür, daß kein Proletarierblut vergossen werde. Es war schwierig, deutlich zu erkennen, was er wollte, die meisten der Anwesenden hatten aber im allgemeinen den Eindruck, daß er es jedenfalls nicht ablehnen würde, Militärminister der Räterepublik zu werden. Das war nichts Merkwürdiges, hatten doch schon vorher Minister Verfassungswechsel ernster Art überdauert. Leviné erklärte, daß die Kommunisten unter keinen Umständen an dieser Räterepublik

teilnehmen würden, die nicht aus dem Willen des Volkes, sondern aus dem Willen der Führer entspringe. Mühsam und Landauer erklärten, die Räterepublik müsse sofort gemacht werden, solle nicht eine günstige Gelegenheit vorübergehen. In jener Nacht beschloß man, nachdem die Bauernbündler ihre Mitarbeit zugesagt hatten, noch zwei Tage zu warten und inzwischen eine starke Propaganda im Lande zu betreiben. Am 7. April morgens wurde die Räterepublik ohne Tumult, ohne Störungen ausgerufen, wie denn überhaupt die erste Zeit dieser Räterepublik ruhig verlaufen ist. Als Führer der Räterepublik erschienen die Mehrheitssozialisten, die Unabhängigen, die nur zögernd nach Annahme gewisser Bedingungen sich beteiligten und die Landauer-Gruppe.

Die erste schwere Erschütterung erfuhr die neue Räterepublik dadurch, daß Nordbayern nicht mitmachte. Die innere Organisation litt darunter, daß man alle »Kompromittierten« ausschaltete, was zur Folge hatte, daß ruhige ältere Politiker in der Regierung fehlten. Auch Niekisch konnte sich nicht halten. Toller, ein junger begeisterter Student, Führer der Unabhängigen, trat an seine Stelle. Während das Zentralwirtschaftsamt noch eine Verfügung erwirkt hatte, daß die freie Meinungsäußerung der Presse durch die sozialistische Wirtschaftskontrolle nicht gestört werden dürfe, wurden von Landauer und Marut die Zeitungen unter eine sehr weitgehende Zensur gestellt, mit der das Zentralwirtschaftsamt so wenig zu schaffen hatte, daß der Staatsanwalt die wegen Pressesozialisierung gegen mich erhobene Anklage zurückzog.

Welche Stellung sollte das Zentralwirtschaftsamt zur Neugestaltung einnehmen? Ich vertrat den Standpunkt, daß das Amt die Sozialisierung im gesellschaftlichen Interesse durchführe, gleichgiltig, welche Verfassung herrsche. Ich erklärte denn auch: Ob sich die Räterepublik länger als acht Tage halten werde, wisse ich nicht, aber daß die Sozialisierung weitergehe, wisse ich. Ich teilte dem Zentralrat meine Neutralität in politischer Richtung mit und erklärte, meine Pläne weiterzuführen. Nun gingen programmatische Erlässe hinaus, wie sie längst geplant waren, war es doch jetzt doppelt nötig, allen zum Bewußtsein zu bringen, daß geordnete Maßnahmen zu erwarten seien. Es wurde ausdrücklich erklärt, daß alle Betriebe weiterzuführen seien, daß alle leitenden Persönlichkeiten auf ihren Plätzen zu bleiben hätten, daß sofort Fachräte und ein Kontrollrat zu wählen seien und daß die Wirtschaft unter Kontrolle gestellt werde.

Die schwierigste Situation ergab sich auf dem Gebiete des Bankwesens. Schon am 5. und 6. April, noch vor der Ausrufung der Räterepublik, waren hunderte und hunderte Kündigungen von Guthaben in München eingelaufen. Es war klar, daß es in

wenigen Tagen in München kein Depot mehr geben werde. Der Zentralrat hatte daher alle Banken gesperrt. Die Menschen standen drohend vor den Banken. Wir hatten bereits unter der Regierung Hoffmann seitens des Zentralwirtschaftsamtes und der Demobilmachungsstelle gemeinsam mit Bankdirektoren vorsichtshalber einen Entwurf ausgearbeitet, welcher die Kapitalsabwanderung verhindern sollte. Zahlungen über 5000 Mark sollten darnach grundsätzlich bargeldlos erfolgen, um sie kontrollieren zu können. Diese Bankverordnung wurde nun sofort vom Zentralrat hinausgegeben. Inzwischen hatte sich ein Bankrat aus jüngeren Beamten gebildet und erklärt, er werde die Kontrolle in die Hand nehmen. Dieser Bankrat fand, daß die ersten Maßnahmen nicht ausreichten, daß weiter Massenabhebungen stattfanden und die Lohnfonds der Industrie gefährdet seien. Der Bankrat schlug vor, die Barabhebungen auf 700 Mark wöchentlich zu reduzieren, Gelder, die für Löhne, laufende Zinsen, Maschinen etc. notwendig wären, unter Gegenzeichnung der Betriebsräte jederzeit auszuzahlen. Zahlungen mit Verrechnungsschecks sollten unbeschränkt innerhalb des Bereiches der Räterepublik möglich sein. Von einer Beschlagnahme der Guthaben war also gar keine Rede. Diesen Vorschlag des Bankrats habe ich dem Zentralrat vorgelegt, da er im Sinne der Sozialisierungskontrolle gehalten war. Eine ähnliche Verfügung wurde im November 1918 in Chemnitz mit Zustimmung der Reichsbank getroffen, mit viel schärferen Bestimmungen und hat sich bewährt. Es wurde in dem gegen mich geführten Prozeß von Bankdirektoren behauptet, daß diese Bestimmungen ungeheuren Schaden angerichtet hätten. Ein einziger Bankdirektor erklärte, daß Maßnahmen ähnlicher Art unbedingt notwendig gewesen seien, weil die Münchener Banken bei freiem Verkehr zusammengebrochen wären. Die umfassende Reform des gesamten Kredit- und Zahlungswesens konnte während der Wirren der Räterepublik nicht begonnen werden.

Die Betriebsräte kamen sofort in das politische Fahrwasser; ich beschleunigte daher die Wahl der Fachräte und eines provisorischen Kontrollrates, damit die Betriebsräte nicht Uebergriffe begingen und eine zentrale wirtschaftliche Leitung erhielten. Von größter Wichtigkeit schien es mir nun, die Gewerkschaften mit den Betriebsräten organisatorisch zu verknüpfen. Es war nicht leicht, die Betriebsräte davon zu überzeugen, wie viel sie gerade den Gewerkschaften zu verdanken hätten, wie wichtig es für sie wäre, mit ihnen in Hinkunft zusammenzuarbeiten. Die Betriebsräte waren schließlich damit einverstanden, daß den lokalen Fachräten und Landesfachräten die

Gewerkschaften als Verwaltungsapparat an die Seite treten sollten, eine Lösung, welche die Gewerkschaften mit Akklamation vollinhaltlich annahmen. Diese einheitliche Organisation konnte große Aufgaben lösen. Zunächst sollten Arbeiter- und Angestelltenbezüge vom ungelerten Arbeiter bis zum Direktor für jede Gruppe in einer Stufenleiter vereinigt werden. Ein Generallohnsystem sollte dann die Löhne aller Arbeitergruppen als begründete Abweichungen von einer Grundskala umfassen. Es widerspricht dem Wesen des Sozialismus, daß Arbeiter deshalb höhere Löhne erhalten, weil sie in Unternehmungen tätig sind, die größere Konjunkturgewinne machen. Die höher bezahlten Arbeiter leben gewissermaßen auf Kosten der niedriger bezahlten. Dem Sozialismus entspricht es dagegen durchaus, wenn Arbeiter, die härtere Arbeit verrichten, wie etwa die Kohlenarbeiter, bei kürzerer Arbeitszeit höhere Löhne beziehen. Bei fortschreitender Sozialisierung wäre die Schaffung des Generallohnsystems unabweisbar, das Arbeiter, Angestellte, Beamte, Lehrer usw. zu umfassen hätte. Allmählich wird die Arbeiterschaft die Gesamtheit der Lohnsummen unter sich nach einem einheitlichen Schlüssel — dem Generallohnsystem — verteilen, und solange der freie Markt noch teilweise fortbesteht, aus Ausgleichsfonds, welche z. B. aus Konjunkturgewinnen der Exportindustrien zu speisen wären, die niedrigeren Löhne einzelner Arbeitergruppen erhöhen. Die gesamte Arbeiterschaft kann so bereits in der Uebergangszeit an Stelle der Unternehmerschaft die Lohnverteilung in die Hand nehmen. Ein Ansatz zur Vereinheitlichung war insoferne vorhanden, als aus Kreisen der Arbeiterschaft heraus für die Metallindustrie eine einheitliche Lohnskala ausgearbeitet worden war, welche die ungelerten Arbeiter ebenso wie die Direktoren umfaßte. Streiks wären auf Grund dieser Skala von Arbeitern und Angestellten gemeinsam durchzuführen.

Nicht minder wichtig war es, Fachleute für die planmäßige Verwaltungswirtschaft zu gewinnen. Den Betriebsräten sollte eine Zentrale für Buch-Kontrolle zur Verfügung stehen, die jeweils anzurufen wäre. Verhandlungen mit Treuhandinstituten und verwandten Stellen wurden eingeleitet. Ich vertrat nämlich immer den Standpunkt, daß selbst eine gründliche Ausbildung der Betriebsräte nicht dazu führen könne, daß die jeweiligen Vertrauensleute der Arbeiter die gesamte Gebarung eines Betriebes wirklich überprüfen könnten. Ja durch Sonderausbildung einzelner Betriebsräte z. B. im Bilanzwesen würde geradezu die Rückberufbarkeit der Betriebsräte und ihre freie Wählbarkeit wesentlich eingeschränkt, weil unter den Kandidaten eine bestimmte Zahl Buchsachverständige sein müßte. Wohl aber ist es zu erreichen, daß die

Betriebsräte die Kontrolle m a c h t m ä ß i g beherrschen und durch i h r e B e a u f t r a g t e n (Fachleute der Buchhaltung, des Betriebswesens usw.) unter ihrer Aufsicht durchführen lassen. Beruhigend und ermunternd wirkte es auf die Betriebsräte, daß ich ihnen von der Bereitwilligkeit der Professoren der technischen Hochschule berichten konnte, an der Sozialisierung mitzuarbeiten. Die Besprechungen mit den Professoren hatten noch unter der Regierung Hoffmann begonnen. Unter der Räteregierung erklärten die Professoren, mit mir nur zu verhandeln, wenn die Eingriffe in die Organisation der Hochschulen aufgehoben würden. Ich wies darauf hin, daß ich darauf keinen Einfluß als Verwaltungsbeamter hätte. Schließlich gelang es, mit Unterstützung des Professors Gottl-Ottlilienfeld die Professoren zu bestimmen, sich im Interesse der Gesamtwirtschaft ohne Bindung in politischer Hinsicht zur Verfügung zu stellen.

Ich habe während der Herrschaft der Räterepublik den Standpunkt eingenommen, die wirtschaftliche Verwaltungsorganisation solle neutral sein, weil sonst die Gefahr bestehe, daß nur solche Leute Stellen übernehmen, die zu allem bereit sind, nicht aber die jeweils geeignetsten Fachleute. In Ungarn hat man jetzt viele Professoren der medizinischen Fakultäten gemäßregelt, weil sie im Gesundheitsamt der Räterepublik, nicht etwa in politischen Aemtern, mitgewirkt haben; bei einer nächsten Revolution werden sich dort wenige Leute finden, die ruhige Arbeit in öffentlichem Interesse leisten, es werden die fachlichen Arbeiten von Leuten ausgeführt werden müssen, die sie nicht verstehen; vor allem von Leuten, welche die Verfolgungen und den Tod nicht fürchten. Es ist aber ein wesentlicher Vorteil für die Gesamtheit, wenn möglichst viele Fachleute für den unpolitischen Verwaltungsdienst während einer Revolution herangezogen werden können.

Erwähnt sei noch, daß der Bauernbund während dieser Periode die Abtrennung der Agrarsozialisierung vom Zentralwirtschaftsamt durchsetzte, nachdem vorher der Bevölkerung verkündet worden war, es sei die Enteignung der Bauern geplant. Einige Bauernbundvertreter waren offensichtlich darauf aus, Großgrundbesitzerinteressen zu schützen und sogar den Handel vor der »Sozialisierung« zu bewahren.

Am 13. April drangen Truppen der Parlamentsregierung in München ein und verhafteten viele Führer der Räteregierung, so Mühsam, Wadler, Lipp. Ich selbst wurde auch verhaftet, aber sofort wieder durch den Polizeipräsidenten der Regierung Hoffmann auf freien Fuß gesetzt, weil meine Tätigkeit sich im Rahmen meiner Sozialisierungsaufgaben gehalten und nicht die Verfassungsänderung bezweckt habe. Der Putsch mißlang, die Truppen verließen München und am 14. April übernahm die kommunistische Partei die Regierung.

Diese Räterepublik der k o m m u n i s t i s c h e n Partei ist charakterisiert durch Leviné, Axelrod und andere, welche grundsätzlich auf Grund russischer Erfahrungen an deutsche Verhältnisse herantraten. Es waren zum Teil Männer, welche die schwersten Verfolgungen der zaristischen Zeit mitgemacht hatten, Männer, welche lange Zeit in Gefängnissen gewelt, die einen großen Teil ihres Lebens hindurch Qualen erlitten hatten. In ihnen hatte sich eine gewisse Strenge und unerbittliche Rücksichtslosigkeit gegen alles, was nicht auf ihrer Seite war, angehäuft. Der Wunsch, Blut zwischen »Proletariat« und »Bourgeoisie« zu legen, war offenbar bei einigen von ihnen ganz bewußt vorhanden. Das Mißtrauen gegen jeden Außenstehenden war das Charakteristische dieser Räterepublik. Man wollte mich zunächst beseitigen; dazu kam es aber nicht, weil die Arbeiterschaft auf meiner Seite stand und ich mich auf den inneren Amtsbetrieb und die Organisation der wirtschaftlichen Räte beschränkte, weshalb auch die Anklage sich nur auf die Zeit bis zum 13. April bezog. Am Ende der Räterepublik berief ich die Wirtschaftszentrale — die Vertreter aller wirtschaftlichen Aemter und Stellen — ein, um im Einvernehmen mit dem Demobilmachungs-Kommissär Gruber die wirtschaftliche Lage festzustellen und darüber dem provisorischen Arbeiterkontrollrat zu berichten.

Diese zweite Räterepublik knüpfte an die Traditionen der zweiten bolschewikischen Periode in Rußland an. In der ersten bolschewikischen Periode hatte man versucht, mit der Intelligenz, mit den geistigen Arbeitern zusammenzuarbeiten. Es kam dann zur Sabotage, die Bolschewiken arbeiteten mit Tötungen und Terror. Erst später wirkte wieder die Intelligenz mit den Bolschewiken zusammen. In München richtete man nun alles auf Sabotage-Bekämpfung ein und erreichte, daß ein großer Teil der Intelligenz, der sich mit der ersten Räterepublik auffallend gut abgefunden hatte, jetzt in eine Oppositionsstellung gedrängt wurde. Unaufhörlich hieß es: Gegen die Bourgeoisie, gegen die Intellektuellen! Das ging so weit, daß der Gegensatz zwischen Industriebeamten und Arbeiterschaft in den Vordergrund gerückt wurde, wogegen sich aber die Arbeiterschaft mit Erfolg auflehnte. Die gewaltsame Ausschaltung der überkommenen Funktionäre und Organisationen wurde für notwendig erachtet. Die führenden Männer waren der Ansicht, daß man den vorhandenen Apparat möglichst vernichten müsse. So wurden alle Schutzleute und Polizeibeamten sofort entlassen und durch Kommunisten ersetzt. Neben fachkundigen aber tadellosen Menschen fanden auch Verbrechernaturen Eingang, die sich die Gelegenheit zunutze machten. Dazu kam, daß die zweite Räterepublik die Traditionen von 1789 neu belebte. Die Kirchenglocken läuteten

des Nachts oft stundenlang Alarm, Schüsse wurden ohne Zweck abgegeben, alles auf Massensuggestion eingerichtet. Die Betriebsräte, einige Tausend Menschen, wurden versammelt und an ihren Willen appelliert! Sie sollten unter dem Einfluß erregter Reden rasch große Entscheidungen treffen, Führer wählen. Das Ergebnis war größte Macht der Führenden, geringste Macht der Geführten unter dem Schein unmittelbarer Volksherrschaft. Suggestiv sollte wohl auch der von der zweiten Räterepublik verkündete Generalstreik wirken, der keinen Gegner hatte, aber die Arbeiterbataillone auf die Straße führte und so ihr Machtgefühl stärkte. Es ist ungemein schwer, diese Maßnahmen politisch zu beurteilen, da zu wenige Gegenbeispiele vorhanden sind. Die Kommunisten vertreten den Standpunkt, daß ein langsames und schonendes Vorgehen schließlich zum gleichen Widerstand führe, wie ein rasches und gewalttätiges, aber den Nachteil habe, daß die Gegner des Sozialismus sich sammeln und erholen können.

Ogleich die Regierung der zweiten Räterepublik die Massenpsychologie wohl zu benützen verstand, übersah sie doch, daß die Münchener Arbeiterschaft im ganzen ruhigen Charakters ist und konfiskatorische Maßnahmen ablehnt. Axelrod, der politische Finanzkommissär der Räteregierung, forderte die Beschlagnahme aller Guthaben, die Oeffnung aller Safes. Der Volksbeauftragte für Finanzen, der Unabhängige Männer, erklärte vor den versammelten Betriebsräten: »Das ist politischer Diebstahl, das mache ich nicht mit.« Die Arbeiterschaft stürzte daraufhin die Regierung Leviné am 27. April. Eine provisorische Regierung von Arbeitern übernahm die Regierung und wollte verhandeln. Der Kommandant der roten Armee Egelhofer kämpfte auf eigene Faust weiter. Die anmarschierenden Parlamentstruppen hatten gefangene Rotgardisten getötet. Da kam es in München zur Tötung von sechs Personen, die teils als Geiseln, teils wegen Förderung der Werbung von Parlamentstruppen verhaftet worden waren. Während der nun folgenden Kampfperiode waren Tötungen schon gefangener oder in ihren Wohnungen verhafteter Anhänger der Räterepublik etwas Häufiges. So wurde Landauer, der Volksbeauftragte für Unterricht gewesen war, im Gefängnis Stadelheim erschlagen. Das Geiselnprinzip hatte sich als völlig unwirksam erwiesen. Im Osten kann es — wir wollen von einer moralischen Bewertung absehen — unter Umständen wirksam sein, wenn eine Menschengruppe vom Gemeinschaftsgeist getragen um den Tod eines ihrer Mitglieder zu verhindern gewisse Handlungen unterläßt. Die Tatsache, daß in München der Professor Berger als Geisel in Lebensgefahr schwebt, hält wohl kaum einen preußischen Reichswehrmann ab, in Starnberg gefangene Rotgardisten

ohne Urteil umzubringen. Die Tötung von Geiseln wird so in Mittel- und Westeuropa zu einem reinen Racheakt.

Es folgten zahlreiche Standgerichtsprozesse gegen die Führer der Räterepublik und ihre Anhänger. Es wurden zum Teil sehr schwere Strafen verhängt, so erhielt Erich Mühsam 15 Jahre Festung, Leviné wurde erschossen. Nach deutschem Recht steht auf Hochverrat die Todesstrafe nur dann, wenn Ehrlosigkeit nachgewiesen ist. Sie wurde bei Leviné darin erblickt, daß er die Arbeiterschaft zu einem bereits hoffnungslos erkannten Kampfe veranlaßt habe.

Mitte Mai wurden Kranold und ich verhaftet. Die Untersuchung gegen Kranold, der mein Stellvertreter in der Amtsleitung gewesen war, wurde eingestellt, ich wegen eines Verbrechens der Beihilfe zum Hochverrat zu 1½ Jahren Festungshaft verurteilt: wenn ich auch nicht die Förderung der Räterepublik bezweckt hätte, so hätte ich doch wissen müssen, daß ich sie durch mein Verhalten stützte. Das Zentralwirtschaftsamt wurde aufgelassen, die planmäßige Regelung der Produktion blieb auf dem Papier bestehen.

Zunächst macht es den Eindruck, als ob die bayrische Vollsozialisierung — die nicht die Zeit und Gelegenheit hatte sich zu »bewähren« und daher auch nicht, wie von Gegnern triumphierend hervorgehoben wird, »zusammenbrechen« konnte — dem »Zufall« zum Opfer fiel, daß das Zentralwirtschaftsamt während der Rätezeit weiter tätig war. Wenn wir aber einen höheren geschichtlichen Standpunkt einnehmen, sehen wir die bemerkenswerte Tatsache, daß ohne diese Verknüpfungen andere Sozialisierungsbewegungen ebenfalls damals ihr Ende fanden. Otto Bauer, der ein umfassendes Sozialisierungsprogramm entworfen hatte, wurde gestürzt, zum Teil weil er mit der Entente in der Anschlußfrage in Widerstreit kam. In Deutschland wurden Wissel und Mollendorff beseitigt, denen keine politischen Maßnahmen vorgeworfen werden konnten. An allen drei Stellen kam die Welle der sozialistischen Verwaltungswirtschaft zunächst zum Stehen, was auf allgemeinere Ursachen hinweist.

Es fragt sich nun, wie die weitere Entwicklung vor sich gehen wird, ob es möglich sein wird, auf friedlichem Wege durch Verwendung der überkommenen Organisationen und Funktionäre die sozialistische Planwirtschaft zu schaffen, durch Zusammenschluß aller antikapitalistischen Elemente, durch die in Gewerkschaften und Räten organisierten Fabriksarbeiter, welche die Kontrolle über Industrie und Produktion übernehmen, durch die in Genossenschaften vereinigten Handwerker, durch die in Genossenschaften vereinigten Bauern, durch technische Fachleute, Betriebsorganisatoren, Lehrer,

Beamte. Es fragt sich, ob es gelingen wird, Gegensätze der Weltanschauung durch gemeinsame wirtschaftliche Ziele soweit zu überbrücken, daß Wohnung, Nahrung, Kleidung und sonstiger Bedarf planmäßig erzeugt und verteilt werden, oder ob die geschichtliche Entwicklung zur Gewaltanwendung und schweren Erschütterungen führen wird. Ich meine, daß man die Hoffnung auf ein gemeinsames Vorgehen aller antikapitalistischen Kreise noch nicht aufgeben muß und daß es immerhin noch im Bereiche der Möglichkeit ist, den Kapitalismus durch sozialistische Planwirtschaft zu überwinden, ohne sich mit ihm deshalb auf Kompromisse einlassen zu müssen.

Ich glaube noch immer daran, daß wir in verhältnismäßig kurzer Zeit zum Sozialismus kommen können, wenn wir es energisch wollen. Wer freilich unentwegt, wenn auch rein sachlich das Ziel verfolgt, den Sozialismus morgen schon zu verwirklichen, weil er die Zeit für reif hält, erregt dadurch allein unvergleichlich mehr Haß, als der, welcher mit mehr Erbitterung und unter Anwendung schärferer Mittel den Sozialismus in einer ferneren Zukunft kommen sieht. Diesen Haß muß man eben ertragen, alle persönlichen Kränkungen auf sich nehmen, ohne selbst der Erbitterung und der Unsachlichkeit sich hinzugeben. Nur dann kann man Sachlichkeit von den Gegnern fordern, nur dann kann überhaupt noch die Hoffnung genährt werden, daß die schönere Zukunft nicht unter schwersten Kämpfen heraufgeführt wird. Der Sozialismus steht jedenfalls vor der Türe, möge er nicht von Haß, sondern von Liebe begleitet sein.



Beilage I.

Wortlaut des Ministerratsbeschlusses der Regierung Hoffmann über das Statut des Zentralwirtschaftsamtes.

Das Zentralwirtschaftsamt.

Einteilung.

Das Zentralwirtschaftsamt hat zunächst entsprechend dem Ermächtigungsgesetz vom 22. März 1919 die Ueberführung der im bayrischen Staatsgebiete gelegenen Bergwerke und der zur Herstellung von elektrischer Energie dienenden Wasserkräfte vorzubereiten und Anträge wie Gesetzesvorlagen hierwegen auszuarbeiten.

Es hat weiterhin entsprechend dem Beschluß des Sozialisierungsausschusses die Aufgabe, auf Grund von freien Vereinbarungen oder Gesetzen sofort diejenigen Betriebe zu gemeinsütziger Arbeit zu vereinigen, die der Erzeugung von Wohnung und Kleidung dienen und die Erzeugung der Ernährung planmäßig zu gestalten. Es hat ferner Anregungen bei der Reichsregierung zu geben, daß Einfuhr und Ausfuhr so geregelt werden, daß die Inlandszeugung an dem notwendigen Lebensbedarf so ergänzt wird, daß ein gewisses Minimum der Lebenshaltung sichergestellt wird. Ueberdies hat es vorbereitende Schritte zur Durchführung der Sozialisierung auf allen Gebieten zu treffen.

§ 1.

Das Zentralwirtschaftsamt untersteht dem Minister für Handel, Industrie und Gewerbe, der für alle Maßnahmen und die ganze Tätigkeit des Zentralwirtschaftsamtes die volle Verantwortung trägt. Gesetzesentwürfe, Verordnungen, Aufrufe und Erlässe gehen unter der Zeichnung des Ministers.

Das Zentralwirtschaftsamt hat alle Aufrufe, Anträge und Gesetzesvorlagen, insbesondere alle Aufrufe, Anträge und Gesetzesvorlagen über Sozialisierung, dem Ministerium für Handel, Gewerbe und Industrie zu unterbreiten.

Das Zentralwirtschaftsamt hat die Vollsozialisierung vorzubereiten und nach den jeweiligen Beschlüssen des Ministerrates durchzuführen. Es wird vom Gesamtministerium zu diesem Zweck

allgemein und fallweise mit außerordentlichen Vollmachten unter der Verantwortung des Ministers ausgestattet.

Das Zentralwirtschaftsamt hat folgende Aufgaben:

1. Gesetze und Verordnungen vorzubereiten, die geeignet sind, Produktion und Lebenslagen ohne Bevorzugung einzelner Personen oder Gruppen im Interesse der Gesellschaft und Gemeinschaft zu gestalten und über die Vereinheitlichung der wirtschaftlichen Landesgesetzgebung und Verwaltung Vorschläge zu machen.

2. Sozialisierungsgesetze und Sozialisierungsverordnungen im Auftrage des Ministers für Handel, Gewerbe und Industrie selbst und in Verbindung mit anderen, hiezu zuständigen Stellen durchzuführen.

3. Die Durchführung der Sozialisierungsmaßnahmen und ihre Wirkungen in weitestgehendem Maße, insbesondere unter Mitwirkung der Arbeiterschaft und Bauernschaft (Zentralarbeiter- und Bauernkontrollrat, Arbeiter- und Bauernräte, Gewerkschaften, Genossenschaften usw.), zu kontrollieren.

4. Die Öffentlichkeit über das Wesen der Sozialisierung sowie geplanter und zur Durchführung kommender Maßnahmen, insbesondere des Zentralwirtschaftsamtes unter Verantwortung des Ministers für Handel, Gewerbe und Industrie in weitestem Ausmaß aufzuklären und zu unterrichten.

§ 3.

1. Das Zentralwirtschaftsamt ist befugt, die Ergebnisse aller des Wirtschaftsleben betreffenden Umfragen anderer Stellen zu benutzen oder zu beeinflussen, es kann auch selbst mit Zustimmung des Ministers für Handel, Gewerbe und Industrie Umfragen und unter Zustimmung des Gesamtministeriums statistische Erhebungen veranstalten oder veranstalten lassen (Enquêterecht). Die Bestrafung falscher Aussagen und Erschwerung der Erhebungen wird durch Sondergesetz geregelt.

§ 4.

Alle das Wirtschaftsleben berührenden Gesetze, Verordnungen und Erlässe von allgemeiner Bedeutung sind vor ihrer endgültigen Fassung dem Zentralwirtschaftsamt zur Kenntnisnahme mitzuteilen.

§ 5.

Das Ministerium für Handel, Gewerbe und Industrie kann den Präsidenten und andere Mitglieder des Zentralwirtschaftsamtes als Regierungskommissäre für die Verhandlungen des Landtags bestellen.